Stand: 15.12.2025 19:32:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12754

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung, COM(2016) 378 final, BR-Drs. 350/16"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12754 vom 03.08.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13004 des BU vom 27.09.2016
3. Beschluss des Plenums 17/13035 vom 28.09.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 28.09.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.08.2016 **Drucksache 17/12754**

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU**,

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Diana Stachowitz SPD

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung,
COM(2016) 378 final,
BR-Drs. 350/16

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung, COM (2016) 378 final, BR-Drs. 350/16, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in die Stellungnahme des Bundesrats finden.

Begründung:

Der Vorschlag verletzt das Subsidiaritätsprinzip. Es ist nicht hinreichend dargelegt, dass die bisher zulässigen nationalen Regelungen die Zuwanderung von Hochqualifizierten nicht angemessen regeln. Weiterhin sieht der Entwurf vor, dass abweichende nationale Regelungen künftig nicht mehr möglich sein sollen.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.

Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen stärkeren Harmonisierung des Arbeitsmarktzugangs für Drittstaatsangehörige begründete die Kommission u.a. mit dem vermeintlichen „Misserfolg“ der bestehenden Bluecard-Richtlinie von 2009. Diese sei von hochqualifizierten Arbeitskräften als zu wenig attraktiv empfunden worden; die EU habe so nur 31 Prozent der in den OECD-Staaten arbeitenden hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen gewinnen können. Die Kommission beruft sich zudem auf einen in bestimmten Wirtschaftszweigen bereits bestehenden strukturellen Fachkräftemangel (z.B. im Gesundheitswesen, im IKT-Bereich und im Ingenieurwesen). Dies überzeugt nicht.

Eine Lösung dieser Problematik ist aber gerade nicht auf EU-Ebene zu erreichen, sondern effizienter auf nationaler Ebene bewältigbar. Dies bewies bereits der Erfolg der Blue-Card-Regelungen in Deutschland, der im Vergleich zur Bedeutungslosigkeit in den meisten anderen EU-Staaten zeigt, dass es dem jeweiligen Arbeitsmarkt angepasster Regelungen der Mitgliedstaaten bedarf. Nur weil die Voraussetzungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt so günstig waren, konnte die Bluecard-Richtlinie in Deutschland so erfolgreich sein und mit dazu beitragen, dass Deutschland zu einem der OECD-Staaten mit den geringsten Beschränkungen für die beschäftigungsorientierte Zuwanderung geworden ist.

Auch die Aufnahme einer bisher nicht existenten starren Gehaltshöchstgrenze verletzt das Subsidiaritätsprinzip. Das Ziel, eine flexiblere Regelung einzuführen wird dadurch gerade nicht erreicht und könnte besser von den Mitgliedstaaten, bezogen auf die Spezifika der jeweiligen Arbeitsmärkte und des jeweiligen Einkommensniveaus geregelt werden. In einem solchen Fall darf die Union aber gerade nicht regulatorisch tätig werden. Für Deutschland droht infolge der zu niedrig angesetzten Gehaltshöchstgrenze Lohndumping und in der Folge ein Brain-Drain der in Deutschland ausgebildeten Hochqualifizierten.

Gerade der Spielraum der Mitgliedstaaten nach der bisherigen Richtlinie war für die Erreichung der Ziele völlig ausreichend. Das Vorbringen der Kommission zur Attraktivität der jeweiligen Arbeitsmärkte und die Vermutung, durch eine europaweite Absenkung der Standards könnte die EU insgesamt als Arbeitsmarkt attraktiver gemacht werden, geht fehl. Die Attraktivität

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

der Arbeitsmärkte bemisst sich nach den jeweiligen tatsächlichen Bedarfen an Fachkräften und Rahmenbedingungen wie etwa Sprachkenntnissen. Diese können aber mangels einer einheitlichen unionsweiten Arbeitssprache und in Hinblick auf die jeweils sehr spezifischen Mangelberufe nur von den Mitgliedstaaten selbst geregelt werden.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.09.2016 **Drucksache** 17/**13004**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger,
Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD
Drs. 17/**12754**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung,
COM(2016) 378 final,
BR-Drs. 350/16

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Alex Dorow**
Mitberichterstatter: **Dr. Linus Förster**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 27. September 2016 behandelt und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.09.2016 **Drucksache** 17/**13035**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU**,

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Diana Stachowitz SPD

Drs. 17/**12754**, 17/**13004**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung,
COM(2016) 378 final,
BR-Drs. 350/16

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung, COM (2016) 378 final, BR-Drs. 350/16, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in die Stellungnahme des Bundesrats finden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

(s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung,
COM(2016) 378 final,
BR-Drs. 350/16
Drs. 17/12754, 17/13004 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wettbewerbsnachteile für die heimische Teichwirtschaft − Prosperitätsgrenze erneut eingeführt
Drs. 17/11064, 17/12558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesunde Schule: Ernährungsbildung und Essensangebot Hand in Hand
Drs. 17/11325, 17/12559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Mittelstandsfreundliche Umsetzung der Regelungen zum Mindestlohn
Drs. 17/11438, 17/12961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuer-Update 2016 − Inflationsbedingte Anpassung von Pauschalen, Freibeträgen und Einkommensgrenzen
Drs. 17/11619, 17/12948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Notärzte müssen das Recht zur Erteilung eines Platzverweises erhalten
Drs. 17/11716, 17/12560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik
Drs. 17/11797, 17/12949 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u.a. CSU
Erteilung von Platzverweisen gegen Gaffer
Drs. 17/11801, 17/12562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD
Nokia Networks in München stärken − Verlagerungen und Personalabbau verhindern!
Drs. 17/11823, 17/12962 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Gründerszene in Bayern beleben und stärken
Drs. 17/11824, 17/12963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz
Drs. 17/11850, 17/12970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Konsum von Crystal Meth, Legal Highs und NPS weiter einschränken
Drs. 17/11924, 17/12952 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprengstoffspürgeräte am Flughafen München − Ergebnisse weiterer Raumluftmessungen
Drs. 17/11956, 17/12953 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Höhere Förderung für Sanierung des Stadttheaters Landshut
Drs. 17/11969, 17/12950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Der Fall Peggy K.: neue Fragen zu den Ermittlungen
Drs. 17/12343, 17/12633 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zum Fall "Peggy"
Drs. 17/12356, 17/12632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z